

ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

40 Amt für Schulverwaltung und Hochschulwesen

Beteiligt:

30 Rechtsamt

55 Fachbereich Jugend und Soziales

Betreff:

Offene Ganztagsschule

5. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen – Vorverlegung des Kündigungsstermins ab dem Schuljahr 2010/2011

Beratungsfolge:

16.02.2010 Schulausschuss

10.03.2010 Jugendhilfeausschuss

25.03.2010 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Die 5. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich der Stadt Hagen wird beschlossen, wie sie als Anlage Gegenstand dieser Beschlussvorlage ist.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Veröffentlichung der 5. Nachtragssatzung zu einem geeigneten Zeitpunkt mit Wirkung ab dem Schuljahr 2010/2011 vorzunehmen.

Begründung

Der Rat der Stadt Hagen hat in seiner Sitzung am 15.07.2004 die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich der Stadt Hagen beschlossen. In dieser Satzung werden das Benutzerverhältnis und die Erhebung des Elternbeitrages formal-rechtlich konkretisiert.

Mit der **5. Nachtragssatzung** über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule (OGS) soll der Termin für die Abmeldung eines Kindes von der OGS vom 2. Schulhalbjahr (bis zum 30.04. eines Jahres) in das 1. Schulhalbjahr (bis zum 31.12. eines Jahres) vorgezogen werden. Grund dafür ist der gestiegene Bedarf an OGS-Plätzen, so dass Anträge nicht immer positiv beschieden werden können.

Im Rahmen des Lernanfängeranmeldeverfahrens, das bereits im November des Vorjahres stattfindet, äußern Eltern ihr Interesse an einem OGS-Platz. Das Vorverlegen des Kündigungstermins ermöglicht den Erziehungsberechtigten künftig eine größere Planungssicherheit. Interessenten erhalten bereits Ende Januar bzw. im Februar des Folgejahres gleichzeitig mit der Zusage der Aufnahme an einer bestimmten Schule auch die Zu- oder Absage für den beantragten OGS-Platz. Bisher wurden die Interessenten erst im Mai bzw. Juni darüber informiert, ob ihr Antrag auf Besuch der OGS genehmigt bzw. abgelehnt wurde. Sofern kein Platz zur Verfügung gestellt werden kann, verbleibt den Erziehungsberechtigten künftig mehr Zeit, sich um ein anderweitiges Betreuungsangebot zu kümmern.

Der neue Kündigungstermin soll im Schuljahr 2010/2011 wirksam werden.

Die vorgeschlagene Neufassung des § 3 Abs. 1 der Satzung ist aus Anlage 1 ersichtlich.

Finanzielle Auswirkungen

☒ Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen

Rechtscharakter

<input type="checkbox"/>	Auftragsangelegenheit	<input type="checkbox"/>	Fiskalische Bindung
<input type="checkbox"/>	Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung	<input type="checkbox"/>	Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonst.
<input type="checkbox"/>	Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung	<input type="checkbox"/>	Dienstvereinbarung mit dem GPR
<input type="checkbox"/>	Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe	<input type="checkbox"/>	Ohne Bindung
<input checked="" type="checkbox"/>	Vertragliche Bindung		

1) Gesamtkosten der Maßnahme/ Aufwand					0,00 €
a) Zuschüsse Dritter					0,00 €
b) Eigenfinanzierungsanteil					0,00 €
2) Investive Maßnahmen					
Die Finanzierung der Maßnahme ist gesichert/ soll gesichert werden durch Veranschlagung im investiven Teil des Teilfinanzplans <input type="text"/> , Teilfinanzstelle <input type="text"/>					
Jahr	lfd Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	
Betrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3) Konsumtive Maßnahmen					
Die Finanzierung der Maßnahme ist beantragt zum/ vorgesehen im Ergebnisplan <input type="text"/> Produktgrp. <input type="text"/> Aufwandsart <input type="text"/> Produkt: <input type="text"/>					
4) Folgekosten					
a) jährliche Kreditfinanzierungskosten für den Eigenfinanzierungsanteil (nur bei investiven Maßnahmen)					0,00€
b) Gebäudeunterhaltsaufwand je Jahr					0,00€
c) sonstige Betriebskosten je Jahr					0,00€
d) personelle Folgekosten je Jahr					0,00€
Stellen-/Personalbedarf:					
Anz.	Stelle(n) nach BVL-Gruppe		Bewertung	sind im Stellenplan	Jahr
Anz.	üpl. Bedarf(e) in BVL-Gruppe		Bewertung	sind befristet bis	Datum
e) Abschreibung je Jahr (nur bei investiven Maßnahmen)					0,00€
Zwischensumme					0,00€
abzüglich zusätzlicher Erlöse je Jahr					0,00€
Ergibt Nettofolgekosten im Jahr von insgesamt					0,00€
5) Bilanzielle Auswirkungen (von der Kämmerei auszufüllen)					



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

40 Amt für Schulverwaltung und Hochschulwesen
30 Rechtsamt
55 Fachbereich Jugend und Soziales

Gegenzeichnen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

